

Wohin mit den Asylbewerbern?

Feldkirchen – Nach wiederholten eindringlichen Appellen aus dem Landratsamt will auch die Gemeinde Feldkirchen Asylbewerber aufnehmen. Das ist schon seit mehreren Monaten Konsens im Gemeinderat. In der jüngsten Sitzung wurden die Vorschläge erstmals konkreter. Damit es die Asylbewerber überhaupt auf die Tagesordnung schafften, bedurfte es eines Antrags der Grünen. „Es ist nichts passiert und es wird immer dringender“, sagte Grünen-Fraktionssprecherin Sylvia Pahl-Leclerque. Sie kritisierte, dass Feldkirchen nach einem Schlüssel des Landratsamtes 32 Flüchtlinge aufnehmen müsste, bisher aber keine Orte dafür vorgeschlagen hätte: „Ich sehe es als unsere humanitäre Pflichtaufgabe an, nach Unterbringungsmöglichkeiten zu suchen.“

Bürgermeister Werner van der Weck (SPD) hielt dagegen: Solche Überlegungen seien bereits vor dem Antrag gemacht worden. Letztlich bedürfe es aber eines Beschlusses des Gemeinderates, dass die Verwaltung geeignete Grundstücke suchen soll. Diese kann dann der Gemeinderat dem Landratsamt vorschlagen, das letztlich eine Entscheidung trifft und dann für die Unterbringung zuständig ist. Bislang sind in Feldkirchen noch gar keine Asylbewerber untergebracht, wie auch in Baierbrunn, Straßlach, Sauerlach, Taufkirchen, Aying, Grasbrunn und Garching. Doch auch dort will

das Landratsamt jetzt Flüchtlinge einquartieren.

Aus allen Fraktionen in Feldkirchen gab es grundsätzlich Zustimmung zu dem Antrag, nur die Durchführung stellen sich alle etwas anders vor. Klar ist nur: Es soll keine Sammelunterkünfte geben. „Nur dezentral ist eine gute Integration möglich“, sagte Alexander Zimmermann (UWV). Thorsten Guhlke (SPD) schlug vor, freie Grundstücke zu berücksichtigen, etwa das Raiffeisengrundstück oder Bereiche am Dornacher Feld. Dort könnten Container aufgestellt werden: „Wir sollten gewappnet sein, wenn das Landratsamt kommt.“ Verena Claudi (SPD) schlug vor, schnell Familien in den gemeindeeigenen Räumen unterzubringen, die momentan ungenutzt sind: „Wir haben hier eine so gute Gemeinschaft, dass wir den ein oder anderen integrieren können.“ Anbieten würde sich nach Meinung der Gemeinderäte das alte Rathaus, die Volkshochschule oder das alte Postgebäude.

Die Pfarrgemeinden sollen von der Gemeinde angesprochen werden, aber auch Privatbesitzer. Reinhard Mulzer (CSU) rief dazu auf, weiter im Gemeindeblatt auf die Vorteile des Landratsamtes als Mieter aufmerksam zu machen. Dort war bereits ein Aufruf zu lesen. Mit diesen Vorschlägen erteilte der Gemeinderat der Verwaltung einstimmig den Auftrag, geeignete Objekte für Asylbewerber zu suchen.

BENEDICT WITZENBERGER